

## Ende der bipolaren Weltordnung – Anfang globaler Unsicherheit?

**Berndt Georg Thamm**

### Die Kriegserklärungen nichtstaatlicher Akteure

Im Februar 2012 nahmen an der 48. Münchner Sicherheitskonferenz mehr als 300 Gäste (und 200 Beobachter) aus 70 Ländern teil, darunter 40 Außen- und Verteidigungsminister. Zum Auftakt wies der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière auch darauf hin, dass die Sicherheitslage durch asymmetrische Bedrohungen – Terrorakte, Computerattacken oder schwer durchschaubare Bürgerkriege – komplizierter werde. Er stellte damit auf die veränderte Weltordnungslage ab.

### 1. Staatszerfall und Privatisierung der Gewalt

In den Zeiten einer bipolaren, von staatlichen Akteuren dominierten Weltordnung war eine klare Trennung von äußerer und innerer Sicherheit möglich. Nach dem Ende dieser Ordnung war die Trennung in dieser Schärfe nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der nach dem „Kalten Krieg“ zunehmende Zerfall staatlicher Autorität in mehreren Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens wurde von Sicherheitsexperten mit wachsender Sorge beobachtet. Über zwei Milliarden Menschen und damit ein Drittel der Weltbevölkerung, so BND-Präsident Ernst Uhrlau schon 2007, lebten „in Räumen begrenzter Staatlichkeit“. Das Phänomen der failing (zerfallenden) und failed (zerfallenen) Staaten wäre mit beträchtlichen Gefahren für die internationale Sicherheit verbunden, zu denen Uhrlau seinerzeit die Destabilisierung ganzer Regionen, massive Fluchtbewegungen und die Förderung des Terrorismus zählte. Der Staatszerfall ist insbesondere durch die Erosion des Gewaltmonopols gekennzeichnet. Dadurch bedingte Lücken im Sicherheitsmarkt hatten eine Privatisierung der Schutzaufgaben zur Folge, so die Privatisierung nachrichtendienstlicher Aufgaben – vornehmlich die Beschaffung von Informationen, deren Aufbereitung und Auswertung – und insbesondere die Privatisierung militärischer Aufgaben. Die Angebote einer wachsenden Privatized Military Industry (PMI), so das Ausspähen von Angriffszielen, Entwicklung von Überwachungssoftware, Risikoanalysen, Spezialausbildungen für moderne High-Tech-Waffensysteme und last not least die Ausführung von direkten Kampfeinsätzen nutzen bis heute nicht nur der eine oder andere schwache Staat, sondern auch nichtstaatliche Akteure wie der Internationale Terrorismus und die mittlerweile selbst militarisierte Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – die eigentlichen Profiteure eines entstehenden oder schon vorhandenen Sicherheitsvakuums eines failed states. Wissenschaftler der Washingtoner Organisation Fund for Peace erstell-



*Berndt Georg Thamm ist Terrorismusexperte und freier Fachpublizist in Berlin*

ten 2008 zusammen mit dem US-Politmagazin „Foreign Policy“ eine Rangliste der instabilsten Länder weltweit, nachdem in 177 Ländern soziale, ökonomische und politische Indikatoren für ein „mögliches Abgleiten ins Chaos“ erhoben worden waren. Der Zustand der ersten 32 Länder wurde als „alarmierend“, der 97 weiterer als „Besorgnis erregend“ eingestuft. Staaten in Afrika, von denen acht zu den ersten zehn „Katastrophen-Ländern“ gehörten, schnitten besonders schlecht ab. Ein Ergebnis, das in jüngster Zeit auch von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) in Hamburg indirekt bestätigt wurde. Die AKUF berichtet seit 1993 zum weltweiten Kriegsgeschehen. Nach ihren Untersuchungen wurden 2011 erstmals seit sechs Jahren wieder mehr Kriege/bewaffnete Konflikte geführt als im Jahr zuvor. Ihre Zahl erhöhte sich auf 36. Die von organisierten Kämpfen am stärksten betroffene Weltregion war Afrika mit 13 kriegerischen Konflikten. In Lateinamerika war nur ein Krieg

zu verzeichnen, dafür blieben hier die von Drogenbanden beherrschten Gebiete in Mexiko dauerhaft von Gewalt geprägt. Im Krieg der Kartelle untereinander und gegen die Landesregierung fielen 2011 dem Morden der Narcomafia 12.359 Menschen zum Opfer. Die Gebiete, in denen der Staat das Gewaltmonopol an nichtstaatliche Akteure verloren hat, haben sich ausgedehnt, hieß es in Mexiko zum Jahresende. Wohl nicht nur vor diesem Hintergrund sind an der Bekämpfung der mexikanischen TOK auch die USA beteiligt. Sie setzen hier Mittel ein, die sich schon in der Bekämpfung des Dihadterrorismus bewährt haben. So setzt der US-Grenzschutz bereits seit 2009 in verdeckten Operationen Predator-Drohnen zur Aufklärung ein. Die faktische Bekämpfung der Kartelle wurde weitgehend ausgelagert. Vom Büro für Strategien zur Bekämpfung des Rauschgift-Terrorismus des US-Verteidigungsministeriums alimentierte private Sicherheitsfirmen „haben den Job übernommen“. Ob sie das Scheitern des bereits von nichtstaatlichen Akteuren unterwanderten Staates Mexiko verhindern können, ist eine bis dato unbeantwortete Frage einer sich ändernden Sicherheitspolitik.

## 2. Die Macht des Narcoterrorismo – Mexiko auf dem Weg zum failed state?

Im Januar 2012 stellte der Dachverband kleinerer und mittlerer Firmen in Rom in seinem Bericht „Die Hand der Kriminalität auf den Betrieben“ die heimische Mafia als größte Wirtschaftsmacht des Landes dar, deren Liquidität von etwa 65 Milliarden Euro sie quasi auch ‚zur größten Bank‘ macht. „In diesen Krisenzeiten ist die Mafia somit als einzigartige unternehmerisch-wirtschaftliche Größe in der Lage, Investitionen zu tätigen“, interpretierte der Verbandschef den Jahresbericht zur

Italienischen Organisierten Kriminalität (IOK). Ein gutes halbes Jahrzehnt zuvor hatten im November 2006 rund 2.500 Experten in Rom Beratungen über neue Wege der OK-Bekämpfung aufgenommen, um ihre Vorschläge anschließend dem Parlament des Landes vorzulegen. In den vergangenen zehn Jahren (seit 1995) hätten die größten mafiosen Organisationen in Süditalien – die Camorra (Neapel), die Cosa Nostra (Sizilien) und die ´Ndrangheta (Kalabrien) – mindestens 2.500 Menschen getötet. Zum Vergleich: die größten mafiosen Organisationen in Mexiko – sieben Drogenkartelle – hatten in nur fünf Jahren bis Ende 2011 fast 47.000 Menschen getötet; und sie hatten von den Kartellen in Kolumbien „gelernt“. Dort war das Kartell in Medellin so mächtig geworden, dass es – einzigartig in der Drogengeschichte des 20. Jahrhunderts – gegen die Landesregierung zwei bewaffnete Auseinandersetzungen (August 1989 bis Juni 1991 und Januar bis Dezember 1993) mit Bürgerkriegsdimensionen führte. Dieses Erbe der Kolumbianer traten die Mexikaner auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert an.

### 2.1. Das Erbe der Kolumbianer

Zeitparallel zum Afghanistankrieg (1979 bis 1989) in Asien entstand in Südamerika in den 1980er Jahren die größte illegale Drogenindustrie des 20. Jahrhunderts. Kolumbianische Kokain-Kartelle produzierten für den Weltbedarf, führten diese Produktion in ein industrielles Stadium. Zum Ende jener Dekade schätzte die US-Rauschgiftabwehr DEA (Drug Enforcement Administration), dass die Kartelle ihre Geschäftsbeziehungen weltweit durch Kontakte zu über 24.000 Unternehmen und Einzelpersonen ausgebaut hatten. Die in den Kartellen zusammengeschlossenen rund 20 Drogenhändlerfamilien sollen in den von ihnen geleiteten

legalen und illegalen Unternehmen bis zu 200.000 Menschen beschäftigt haben. In den größeren Städten verschiedener Provinzen hatten sich schon in der ersten Hälfte der 1970er Jahre kleine Untergrundfirmen gebildet, die sich in der zweiten Hälfte jener Dekade zunächst locker, später streng kontrolliert, zu „Kartellen“ zusammenschlossen. In der Industriemetropole Medellin nannte sich dieser Zusammenschluss „La Comania“ (Die Firma). Das Cartel de Medellin soll bis 1989 zwischen 75 und 100 Milliarden Dollar verdient haben. Das US-Magazin „Forbes“ zählte Anfang Juli 1988 die drei Händlerfamilien Escobar (über 2 Mrd. Dollar), Ochoa (über 2 Mrd. Dollar) und Gacha (1,3 bis 3 Mrd. Dollar) zu den Vermögends-ten der Welt. „Die Firma“ soll bis zu 100.000 Menschen, darunter eine Privatarmee von bis zu 15.000 Mann, beschäftigt haben. Wer die illegale Hochfinanz störte oder bedrohte, wurde von bezahlten Mördern (Sicarios) getötet. So starben von 1981 bis 1989 allein über 220 Richter und Justizangestellte, 1600 Richter hatten Morddrohungen erhalten. Als am 2. Dezember 1993 die Nr.1 des Kartells, Pablo Escobar („El Padrino“) getötet wurde, kamen zu seiner Beisetzung 20.000 Trauernde vornehmlich aus den Elendsvierteln der Stadt. Profiteur der Machteinbuße des Kartells war der Konkurrent in Cali, der bis zu 80.000 Menschen beschäftigte. Er übernahm in der Folge die Kontrolle weltweiter Kokaingeschäfte. Ab Mitte der 1990er Jahre begann auch die Entmachtung dieses global players. Das Machtvakuum konnten weder das „Küsten-Kartell“ der Karibikstädte Baranquilla, Cartagena und Santa Marta noch das Cartel de Bogota der Landeshauptstadt ausfüllen. Nach den Festnahmen der „Oberliga der Drogenhändler“, so Kolumbiens Präsident Ernesto Samper im Februar 1998, begann sich die Drogenhierarchie neu zu organisieren. Nach dem Niedergang des Cartel de Medellin war Mexiko in der ersten

Hälfte der 1990er Jahre zum Haupttransitland für Kokain Richtung USA und – mit den Machteinbußen weiterer kolumbianischer Kokainhändler – auch als Standort für Drogenkartelle interessant geworden. Analog zu Kolumbien entstanden in der Folge mexikanische „Drogenimperien“, zu denen die DEA 1996/97 das Tijuana Cartel, das Juarez Cartel, das Gulf Cartel und das Sinaloa Cartel zählten. Und wie einst in Kolumbien tauchte zehn Jahre später mit Joaquín („Chapo“) Guzmán Loera wieder ein Kartell (Sinaloa)-Boss in der „Forbes“-Liste der reichsten Personen der Welt 2009 auf. Später kamen das Beltrán-Leyva-Cartel, La Familia Michoacana und Los Zetos dazu. In wechselnden Allianzen kämpften diese sieben Kartelle gegeneinander und gegen den Staat. In der sechsjährigen Amtszeit des Präsidenten Vicente Fox (2000 bis 2006) wurden schätzungsweise 9.000 Menschen „in Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Drogenhandel“ getötet. Doch erst danach begann die Eskalation vom Konflikt zum Krieg.

## 2.2. Kartelle vs. Staat – Krieg ohne Fronten

Nur knapp wurde Felipe Calderón am 1. Dezember 2006 zum Präsidenten seines Landes gewählt. Gleich zu Amtsantritt erklärte er die nachhaltige Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität zu einer der wichtigsten Aufgaben seiner bis 2012 dauernden Amtszeit. Calderón militarisierte den Drogenkampf und begann einen Feldzug gegen die Drogenökonomie. Deren Vertreter brachten ihrerseits paramilitärische Kräfte zum Einsatz. Am 11. Dezember 2006 schickte Calderón in den Bundesstaat Michoacán 6.500 Soldaten, um die dortigen gewalttätigen Konflikte zwischen den Kartellen zu beenden. Diese erste militärische Intervention kostete 62 Menschen das Leben und gilt als Beginn

eines bis heute andauernden Krieges zwischen dem Staat und nichtstaatlichen Akteuren. Diese sind nicht mehr nur im Drogenhandel, sondern auch in anderen Deliktbereichen wie Entführung (mit Lösegelderpresse), Auftragstötungen, Menschenhandel aber auch im lukrativen Geschäft der Produktpiraterie involviert. In einem mittlerweile alle 31 Bundesstaaten Mexikos betreffenden innerstaatlichen Krieg kämpfen heute rund 50.000 Soldaten (ein Viertel aller Armeeangehörigen) und fast 35.000 Bundespolizisten gegen geschätzte 300.000 Angehörige der Drogenkartelle. Ein Krieg, der Jahr für Jahr mehr Opfer forderte. Nach Angaben der mexikanischen Regierung waren es 2.837 im Jahr 2007, 6.844 in 2008, 9.635 in 2009, 15.273 in 2010 und 12.359 im letzten Jahr. Neun Zehntel der Opfer starben bei Auseinandersetzungen der Kartelle untereinander, insbesondere bei Verteilungskämpfen um die Schmuggelrouten in die USA. Doch sind es die getöteten Soldaten, Polizisten, Richter und Staatsanwälte, aber auch mit dem Tod bedrohte Politiker, Journalisten, Lehrer, Drogentherapeuten und andere, die zur Lähmung der Zivilgesellschaft des Landes führen. Mehrfach schon protestierte die Bevölkerung gegen die zunehmende Gewalt, am 8. Mai 2011 beispielsweise bis zu 100.000 in Mexiko-City. Andere flüchteten vor der Gewalt, bis heute fast eine Viertelmillion Menschen, in weniger gefährliche Regionen des Landes, aber auch in die USA. Diese sind auch Ziel von jährlich rund einer halben Million meist illegaler Wanderarbeiter aus Zentral- und Südamerika, die auf dem Weg dorthin Mexiko durchqueren und zunehmend Opfer der Kartelle werden. Nach amtlichen Schätzungen wurden allein im ersten Halbjahr 2010 rund 10.000 Migranten entführt. Im Juli 2012 wählte das Land einen neuen Präsidenten. Bis dahin sind im Drogenkrieg des von Calderón geführten Staates gegen die nichtstaatlichen Akteure

möglicherweise bis zu 60.000 Menschen getötet worden. Immer tiefer sind in seinen Amtsjahren die Kartelle auch in die politischen Institutionen des Landes eingesickert, haben sich darüber hinaus immer intensiver auch für Mexikos mittelamerikanische Nachbarstaaten interessiert, deren schwache und nicht selten korrupte Institutionen narcogeschäftliche Begehrlichkeiten weckten.

## 2.3. Maras – Staatsfeinde in Zentralamerika

Der Einfluss der Kartelle nebst Suborganisationen reicht heute in die USA, selbst nach Europa, insbesondere aber nach Zentralamerika. Die dortigen Kleinstaaten sind auf dem Wege, als alternative Location mächtiger Kartelle, Mexiko im Drogenkrieg den Rang abzulaufen. In der Ausübung von Gewalt ist dies wohl schon geschehen. So sterben im nördlichen Zentralamerika jährlich mehr Menschen eines gewaltsamen Todes als anderswo in Kriegsgebieten. Dies trifft insbesondere auf Guatemala zu, wo sich die Mordrate in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat und damit weit über der in Mexiko und fast zehnmal höher als die in den USA liegt. Guatemala ist heute die Hochburg der „Maras“, krimineller Gruppen, die der Staat wie auch seine Nachbarn Honduras und El Salvador schon 2010 zum Staatsfeind Nummer Eins erklärten. Diese gründeten sich vor einem guten Vierteljahrhundert im Exil. Vor dem Bürgerkrieg in Salvador (1980 bis 1992) flüchteten seinerzeit über eine Million junger Zentralamerikaner in die USA. Um sich insbesondere in Los Angeles gegen die dortigen etablierten afroamerikanischen, hispanischen und mexikanischen Gangs wehren zu können, schlossen sich jugendliche Bürgerkriegsflüchtlinge zu den Maras (= Gruppen) zusammen. Nach dem Ende des Bürger-

krieges (mit 75.000 Toten) schaffte die US-Administration viele der „Mareros“ wieder zurück in ihre Heimatregionen, wo diese wieder neue Maras gründeten. Wie viele Mareros es heute in Zentralamerika gibt, kann nur grob geschätzt werden. Allein in Guatemala sollen es zwischen 100.000 und 200.000 sein. Große Banden wie die „Mara Salvatrucha (MS)“ oder die „Mara 18“ sind gut vernetzt, haben Ableger in Mexiko-City, Metropolen in den USA, in Europa vermutlich auch in Spaniens Hauptstadt. Das unvermeidliche Aufeinandertreffen der zentralamerikanischen Maras und der mexikanischen Kartelle hat schon stattgefunden. In deren Folge wurden die Maras schon von miteinander konkurrierenden Kartellen als Tötungsspezialisten eingesetzt. Mittlerweile streiten die Maras aber auch mit den Kartellen um die Drogenverteilung zumindest in den Armenvierteln einiger Städte. Ob hier in naher Zukunft eine „Kooperation statt Konfrontation“ die Organisierte Kriminalität dominiert, ist nicht sicher. Sicher hingegen ist, dass die Rauschgifte der lateinamerikanischen Anbieter nicht nur in den USA, sondern auch in Europa nachgefragt werden. Auf der Suche nach neuen Verteilerwegen haben Kartelle seit 2005 Westafrika zu einer Art Drehscheibe des transatlantischen Kokainhandels werden lassen. Ob der Entwicklung der Narcogeschäfte und ihrer Ausmaße war schon ein halbes Jahrzehnt später das United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) alarmiert. Mario Costa, UNODC-Leiter, machte dies im Dezember 2009 vor dem UN-Sicherheitsrat in New York mehr als deutlich. Der Drogenhandel, so mahnte er, wäre perfektioniert und schneller geworden. Zunehmend wäre Afrika zum Umschlagplatz für Rauschgift geworden. Der Handel würde terroristische Aktivitäten finanzieren. In der Sahelzone beispielsweise wären nicht nur regierungsfeindliche Rebellen, sondern auch Terro-

risten involviert, um Ausrüstung zu kaufen und ihre bewaffneten Kämpfer zu finanzieren.

### 3. Al-Qaida-Netzwerk – Das afghanische Erbe Afrikas

„Al-Qaida ist immer dort stark, wo Regierungen schwach sind und sich gesellschaftliche Spannungen ausnutzen lassen“, so Guido Steinberg von der Stiftung Politik und Wissenschaft Mitte April 2011. Im selben Jahr, dem Jahr des „Arabischen Frühlings“, fand am 1. Mai Osama Bin Laden in der pakistanischen Garnisonsstadt Abbottabad in der „Operation Geronimo“ eines US-Navy Seal Teams den Tod. Fünf Monate später starb am 30. September der „Bin Laden des Internets“, Anwar al-Awlaki, im Jemen durch einen gezielten Angriff einer bewaffneten Drohne der CIA. Doch weder die Tötung des Begründers der al-Qaida noch die des wichtigsten al-Qaida-Propagandisten führten zur Schwächung der al-Qaida-Bewegung. Im Gegenteil: Im Jemen zeigt die Qaida ein neues Gesicht. Umbenannt in Ansar al-Scharia kümmert sich der djihadterroristische global player auf der Arabischen Halbinsel mehr um die Belange der Region. Und am Horn von Afrika agieren somalische Glaubenskämpfer früherer Scharia-Gerichte dafür über ihre Region hinaus als Djihadisten. Zum Erbe der „Arabellion“ 2011 gehört vagabundierendes Waffengerät aus libyschen Beständen, das zur Eskalation djihadistischer Gewalt beiträgt. Deren Akteure haben in Afrika ein vom Atlantik bis zum Indischen Ozean reichendes Netz geschaffen. Begründet wurde es von „arabischen Afghanen“, afrikanischen Veteranen des großen Djihad am Hindukusch. Nach pakistanischen Quellen erhielten hier zwischen 1982 und 1992 ungefähr 35.000 radikale Muslime aus 43 Ländern des Fernen Ostens, Zentralasiens, des Mittleren Ostens

sowie Nord- und Ostafrikas „ihre Feuertaufe bei den afghanischen Mudjaheddin“, darunter etwa 2.500 junge Männer aus Algerien. Nach dem Ende des Afghanistankrieges kehrten viele Kämpfer zurück in ihre Heimatregionen – im Laufe der Jahre bis zu 5.000 allein nach Afrika, hier insbesondere in den Maghreb.

#### 3.1. Von der algerischen GIA bis zur nordafrikanischen AQIM

Im Jahr 1989 wurde in Afghanistan im Februar der Djihad beendet und in Algerien im September mit der FIS (Front Islamique du Salut = Islamische Heilsfront) die erste islamistische Partei in einem arabischen Land offiziell zugelassen. Die FIS forderte die Errichtung eines authentischen islamischen Staates, die mit der Einführung der Scharia verbunden wurde. Als die FIS bei Landeswahlen im Dezember 1991 die Stimmenmehrheit (von der Regierung unerwartet) errang, wurde sie im März 1992 verboten. In der Folge nahmen „bewaffnete Arme“ der FIS den Kampf gegen die algerische Regierung auf. Der radikalste unter diesen Fundamentalisten war die im April 1992 gegründete GIA (Groupe Islamique Armé = Bewaffnete Islamische Gruppe). Veteranen des Afghanistankrieges, nach Angaben französischer Nachrichtendienste rund 400, stellten den harten Kern der GIA, deren Terroraktionen vornehmlich die Bevölkerung des Landes trafen. GIA Terroristen kämpften nicht nur in Algerien, sie bereiteten auch einen Djihad gegen Frankreich vor. Ihr Bombenanschlag in der Pariser Metro am 25. Juli 1995 kostete acht Fahrgästen das Leben. Nach Zerschlagung dieser GIA-Zelle in Paris setzten sich viele ihrer Mitglieder nach England ab, wo die Maghrebener in London eine „nordafrikanische Front“ gründeten. Deren Kämpfer wurden für Giftgas(Cyanid)-Anschlagsplanungen auf Londons

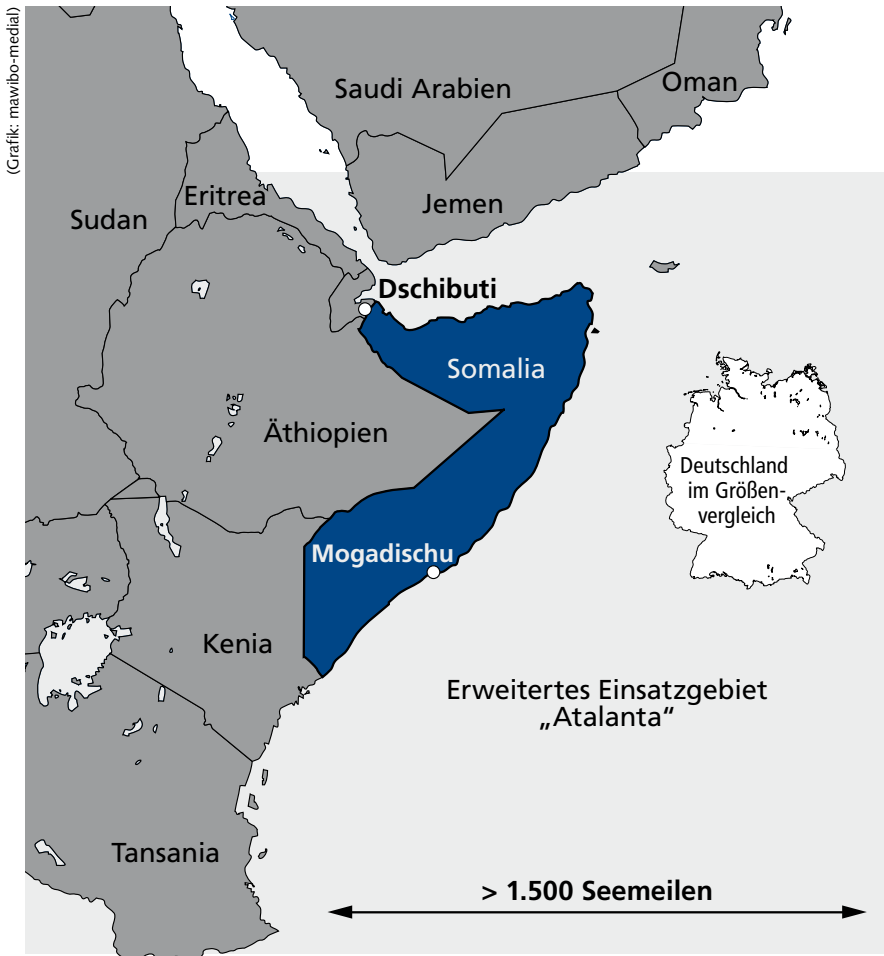
Subway sowie Biokampfstoff(Rizin)-Herstellung 2003 verfolgt und festgenommen. Scotland Yard sprach seinerzeit von den bedrohlichsten Ereignissen für Großbritannien seit den 9/11-Anschlägen. In Algerien gab es nach Ende des Bürgerkrieges (1992 bis 2002), in welchem rund 150.000 Menschen den Tod fanden, kaum noch Verständnis für militante Organisationen. Im Streit darüber, ob auch Zivilisten legitime Ziele von Attentaten sein können, spaltete sich von der dafür votierenden GIA eine Gruppe namens GSPC (Groupe salafiste pour la Prédication et le Combat = Salafistische Gruppe für Verkündigung und Kampf) ab, die nun vornehmlich Sicherheitskräfte und Regierungsstellen des Landes als legitime Ziele bekämpfte – und vor diesem Hintergrund als einzige Gruppe ein Amnestieangebot der Regierung 2005 ablehnte. Anfang 2007 gründete die GSPC zusammen mit der marokkanischen „Salafia Jihadia“ und weiteren djihadterroristischen Gruppierungen einen Dachverband – die „Al-Qaida im Islamischen Maghreb“ (AQIM). Noch im selben Jahr soll sich dem nordafrikanischen Verbund auch die „Libysche Islamische Kampfgruppe“ (LIFG) angeschlossen haben, die sich aus zurückgekehrten „libyschen Afghanen“ rekrutiert und in den Grünen Bergen östlich von Bengasi ihre Basis hatte. Ihre von Gaddafi gnadenlos verfolgten Jihadisten benannten ihre Gruppe ein halbes Jahrzehnt später in „Libysche Islamische Bewegung“ um. Im Arabischen Frühling schrieb diese als „Märtyrerbrigade 17. Februar“ (benannt nach dem Datum des Beginns des libyschen Aufstands 2011) Rebellengeschichte. Die Führung dieser islamistischen Brigade befürwortet die Errichtung eines religiös-geprägten Staates Libyen, soll jedoch den Terror der AQIM explizit ablehnen. Unabhängig davon zieht sich der Terror der AQIM-Djihadisten über ein halbes Jahrzehnt durch Nordafrika und die südlichen Nachbarstaaten.

### 3.2. Neuer djihadistischer Dachverband – Neue Strategien

Als sich am 26. August 2011 zwei Selbstmordattentäter an der rund hundert Kilometer westlich von Algier gelegenen Militäarakademie Cherrhell in die Luft sprengten und damit zwanzig Menschen töteten, wuchs in Algerien die Sorge vor einer neuen Eskalation islamistischer Gewalt. Dortige Politiker befürchteten, dass sich militante Islamisten mehr oder weniger problemlos im Nachbarland Libyen mit Waffen ausstatten können, um für die Errichtung eines Gottesstaates zu kämpfen. Die Befürchtungen der Nordafrikaner wurden auch von Sicherheitsbehörden in Europa geteilt. So hatte in Deutschland das BKA Anfang November 2011 Kenntnisse davon, dass erste Fliegerfäuste vom Typ SA-7 aus russischer Produktion auf dem Schwarzmarkt in Libyens Nachbarstaat Ägypten aufgetaucht waren. Es könne daher nicht ausgeschlossen werden, dass während der Revolutionswirren in Libyen Hunderte schultergestützte Gefechtsköpfe entwendet wurden und in die Hände von Terroristengeräten könnten. Nicht zuletzt forderte Anfang Dezember 2011 ein aus Libyen stammender Jihadterrorist der al-Qaida mit dem Kampfnamen Abu Jahja al-Libi in einer Video-Botschaft, die in islamistischen Internetforen veröffentlicht wurde, die Dauerbewaffnung der Rebellen, da die westlichen Industrienationen die Absicht hätten, Libyen zu einer Art Kolonie zu machen.

Mit der Gründung der AQIM waren auch wieder Zivilisten zum Ziel von Anschlägen geworden. Der neue Dachverband hatte auch eine neue Strategie: Jihadisten aus den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen, aber auch aus den westafrikanischen Nachbarstaaten Mauretanien, Mali und Niger wenden sich gemeinsam gegen vornehmlich arabische

Regime, die „ihre Religion und ihr Volk verraten haben“. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wurden am 11. Dezember 2007 in der Landeshauptstadt Algier das Gebäude des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees) und der Oberste Gerichtshof Algeriens Ziel zweier Anschläge mit über 30 Toten. Unter diesen waren auch die beiden 32 und 64 Jahre alten Selbstmordattentäter, deren Botschaft die AQIM ins Internet stellte: „Dieses Attentat wird die Kreuzfahrer, die unser Land besetzt halten und unsere Bodenschätze ausrauben, daran erinnern, dass sie aufmerksam zuhören sollten, was unser Emir Osama Bin Laden ihnen zu sagen hat“. Von Anschlägen war jedoch nicht nur Nordafrika, sondern auch der subsaharische Gürtel bedroht. In Nouakchott, der Hauptstadt Mauretaniens, mehrten sich die Attentate, so auf die Botschaft Israels im Februar 2008. Ein Anschlag vor der Botschaft Frankreichs im August 2009, verübt von einem 22-jährigen mauretanischen Jihadisten der AQIM, war der erste Selbstmordanschlag in der Geschichte des Landes. Für die nordafrikanische AQIM wurden die Weiten der Sahara und die angrenzende Sahelzone zum Rückzugsgebiet. Die nicht nur ob ihrer Größe schwer zu kontrollierende Region liegt zudem schon seit Jahren auf der Route des transatlantischen Drogenhandels. Kein Wunder, dass hier AQIM-Kämpfer auf Drogen- und Waffenschmuggler treffen, mit denen – wie auch mit militanten Tuaregs – temporäre Zweckbündnisse geschlossen werden. Letztere gründeten erst Ende 2011 die „Nationale Bewegung für die Befreiung Azawads“ (NMLA) – wobei Azawad für einen zu gründenden Staat der Tuaregs steht. Die Verbreitungsgebiete der Nomaden liegen in Mali, Niger, Algerien, Burkina Faso und Libyen. Die neu entstandene Rebellentruppe der Tuaregs, viele von ihnen waren zuvor Söldner in Gaddafis Diens-



ten und verließen nach dessen Entmachtung hoch bewaffnet (auch mit tragbaren Raketensystemen) Libyen, griff erst kürzlich mindestens sieben Städte im Norden Malis an. Die Gebiets- und Ortskenntnisse der Tuaregs sind für die AQIM wertvoll. Umgekehrt kann diese die zurückgekehrten Ex-Söldner mit djihadistischem Know-how und diversen Verbindungen unterstützen. Interessensüberschneidungen zu beider Seiten Nutzen gibt es in der AQIM-Praxis der Entführungen/Geiselnahmen mit Lösegelderpressung. Aber nicht nur die Einnahmequellen zur Jihadfinanzierung, auch die geographischen Operationsbereiche wurden erweitert, so um Nigers Nachbarn im Süden – Nigeria. In diesem bevölkerungsreichsten Staat Afrikas sucht eine 1999 gewählte Regierung nicht nur die Konflikte von mehr als 250 Volksgruppen zu entschärfen. Von fast 160 Millionen Einwohnern sind schätzungsweise rund 40 Pro-

zent Christen und 50 Prozent Muslime. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) fielen seit dem Jahr 2000 über 10.000 Christen der religiös geprägten Gewalt in den zwölf islamisch geprägten Bundesstaaten des Landes zum Opfer. Insbesondere eine muslimische Extremistengruppe, deren Anschläge zuvor meist Polizei- und Militäreinrichtungen, im August letzten Jahres auch dem UN-Hauptquartier in der Hauptstadt Abuja galten, griff mit zwei Anschlagsserien zu Weihnachten 2010 und 2011 gezielt die christliche Zivilbevölkerung an. Nach den letzten Attentaten forderte sie die im Norden Nigerias lebenden Christen auf, den hauptsächlich von Muslimen bewohnten Landesteil binnen drei Tagen zu verlassen. Zudem sollten Muslime, die hauptsächlich im von Christen bewohnten Süden leben, in den Norden zurückkehren. Einen Tag vor Ablauf des Ultimatums, am 1. Januar 2012,

verhängte Präsident Goodluck Jonathan über Teile von vier von islamistischer Gewalt betroffenen Bundesstaaten den Ausnahmezustand. Der Name der militanten Islamisten ist Programm – Boko Haram. Boko steht in der afrikanischen Sprache Hausa für vom Westen gebrachte „Bücher (Bildung) sind Sünde“, Haram heißt verboten. Die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gegründete Gruppe wurde ab 2002 von Mohammed Yusuf geführt. Als Vertreter der islamischen Rechtsordnung (Scharia) schuf er mit Boko Haram weniger eine Bewegung, mehr einen islamischen Staat im Staate – mit eigenen Moscheen, Steuern, Gesundheitsversorgungen und selbst eigener Polizei. Der Versuch der Regierung, die Islamisten militärisch zu zerschlagen, schlug fehl. Yusuf kam 2009 in Polizeigewahrsam, starb dort eines gewaltsamen Todes. Danach begann die Radikalisierung von Boko Haram, die sich Ende 2010 in „Verband der Sunniten für die Einladung zum Islam und für den Dji had“ umbenannte und zum Weg- und Dji hadgefährten der AQIM wurde. Boko Haram-Funktionäre sollen auch in Camps von al-Qaida-Dji hadisten am Hindukusch ausgebildet worden sein. Zuvor sollen schon algerische Salafisten das terroristische Handwerk (von Kampftaktiken bis zum Bau von Sprengsätzen) den Nigerianern vermittelt haben. Deren Dji hadisten stellen auf eine Spaltung der Gesellschaft mit der „Strategie der Zerstörung des Zusammenlebens der Religionen“ durch terroristische Aktionen ab, wie nicht zuletzt die koordinierte Anschlagsserie in der nordnigerianischen Millionenmetropole Kano Ende Januar 2012 mit mindestens 185 Toten belegte. „In Nigeria ist religiöser Terror nicht immer das, was er zu sein scheint“, warnt die US-Historikerin Jean Herskovits. Sie vermutet, dass hinter Boko Haram nicht nur eine islamistische Sekte, sondern auch (diesen Namen nutzend) kriminelle Gruppen stecken. Wie dem auch sei. Die vom Terror betroffene Bevölkerung nennt Boko Haram „die

Taliban“. Die Kämpfer der nigerianischen Taliban nehmen nicht nur Waf-fenhilfe und Schulung der AQIM an, sondern lassen sich auch in somali-schen Camps von der Shabaab, Mili-zionären der Scharia-Gerichte unter-weisen.

### 3.3. Glaubenskämpfer am Horn von Afrika – Die Milizen der Scharia-Gerichte

Die einstige Kolonie der Briten ver-einte sich mit dem früheren Italie-nisch-Somalia. Damals war das Ziel ein Großsomalia, das der spätere Dik-tator Siad Barre gar nach Äthiopien ausdehnen wollte – was zum Krieg führte. Seit seinem Sturz 1991 begann ein Bürgerkrieg, in dem Warlords rivalisierender, zum Teil seit Genera-tionen verfeindeter Clans mit ihren Privatarmeen in wechselnden Allian-zen um die Vormacht kämpften. Auch 30.000 UN-Soldaten, die zwischen 1992 und 1995 in Somalia Frieden stiften wollten, mussten ergebnislos abziehen. Selbst die USA brachen ihre Mission in Somalia ab, nachdem sich ein vermeintlicher Routine-Ein-satz Anfang Oktober 1993 gegen den von Mohammed Aidis geführten Habirgedir-Clan in Mogadischu zum tödlichen Desaster entwickelte. Des-sen Kämpfer hatten zwei „Black Hawk“-Hubschrauber abgeschossen: 19 Elitesoldaten starben, 73 wurden verletzt, tausende Somalis verloren ihr Leben. Wieder sich selbst überlas-sen, zerfiel das muslimische Land. Teile wie Somaliland strebten nach Unabhängigkeit oder erklärten sich wie Puntland zum autonomen Teil-staat. Das „Land ohne Führung“ wur-de zum Rückzugsgebiet, Trainingsla-ger und Operationsgebiet des Dji-hadterrorismus. Die Anfang der 1990er Jahre gegründete al-Ittihad al-Islamiya (Einheit des Islam) hatte ein mehr als enges Verhältnis zur al-Qai-da. Die Fundamentalistengruppe stand der Idee von einem Großsoma-lia nahe, unterstützte Muslimextre-

misten in somalisch besiedelten Gebieten Äthiopiens. So machte die Regierung in Addis Abeba al-Ittihad für Bombenanschläge 1996/97 in der äthiopischen Hauptstadt und in Dire Dawa verantwortlich. In der Folge vertrieben äthiopische Einheiten in einer grenzüberschreitenden Mili-täraktion al-Ittihad, die sich ange-schlagen in das nur schwer zu kon-trollierende Dreiländereck Somalia/ Äthiopien/Kenia zurückzog. Bei ihrem Ziel, einen Gottesstaat zu errichten, konzentrierte sie sich auf die Durchimpfung der Jugend mit den Doktrinen des religiös-politi-schen Islam, die – ebenso wie die Scharia-Gerichte – Stabilität verhie-ßen. Der radikale Flügel der Scharia-Gerichte schuf sich 1998 mit der „Bewegung der Mudjaheddin-Jugend“ (Harakat al-Shabaab al-Mudjaheddin) einen bewaffneten Arm. Ein halbes Jahrzehnt später erlangte die Union der Scharia-Gerichte Kontrolle über Mogadischu und weitere Teile des Landes. Grund für Äthiopien, militärisch zu interve-nieren. Mit der Entmachtung der Union Ende 2006 erlitt auch al-Sha-baab schwere Verluste. In der Folgezeit formierte sich die Mudjaheddin-Jugend wieder in der Landeshaupt-stadt, kontrollierte bald weite Teile Zentral- und Südsomalias. Nach dem Abzug äthiopischer Truppen strebt nun eine religiös-radikalisierte al-Shabaab die Errichtung eines isla-mistischen Staates am Horn von Afri-ka mit strenger Scharia-Auslegung an. Sie versteht sich als Teil des globa-len Djjihad der al-Qaida-Bewegung, der sie erst kürzlich formell beiträt. In den Reihen ihrer in mehreren hun-dert Zellen organisierten geschätzten 7.000 Milizionäre sollen auch pakis-tanische, afghanische und tschet-schenische Kämpfer sein. Somali-sche Djjihadterroristen sind global unterwegs. So war es ein somalischer Islamist, der den dänischen „Moham-med-Karikaturisten“ Kurt Westerg-aard am Neujahrstag 2010 in dessen Haus nahe der Stadt Aarhus zu töten suchte. Die Leitung des dänischen

polizeilichen Nachrichtendienstes PET (Politiets Efterretningstjeneste) erklärte seinerzeit, der Attentäter habe enge Verbindungen zur al-Sha-baab und zu al-Qaida-Führungspersonen in Ostafrika gehabt, wo er in Terroraktivitäten verwickelt gewesen sein soll. Der von der PET observier-te Somalier hatte eine Aufenthaltsge-nehmigung für Dänemark gehabt. Es war auch die al-Shabaab, die sich ein halbes Jahr später zu Bombenatten-taten in der Umgebung der ugandi-schen Hauptstadt Kampala bekann-te. Am 11. Juli 2010 waren dort wäh-rend des Endspiels der Fußball-Welt-meisterschaft in zwei Lokalen Spreng-sätze detoniert, die weit über 70 Men-schen in den Tod rissen. Ein Sprecher der al-Shabaab kündigte damals wei-tere Anschläge in Uganda, aber auch in Burundi an. Und wie einst die al-Ittihad in Flüchtlingscamps in Kenias Nordosten Kämpfer für den Djjihad rekrutierte, dringen heute al-Shabaab-Milizen weitgehend ungehindert in den Nachbarstaat ein, um erneut in Flüchtlingslagern junge Somalier zu rekrutieren. Als darauf keniani-sches Militär Shabaab-Kämpfer grenzüberschreitend verfolgte, erklärten diese Ende Oktober 2011 dem Nachbarn den Krieg. „Kenia, du hast den Krieg begonnen, und nun musst du die Konsequenzen tragen“, rief der al-Shabaab-Scheich Muktar Abu Mansur auf einer Kundgebung nahe Mogadischu. Rund 10.000 Sol-daten der Afrikanischen Union waren nötig, um die Djjihadisten letztes Jahr aus der Hauptstadt weitgehend zu vertreiben. Unbeeindruckt kontrol-lieren diese weiterhin große Teile Süd- und Zentralsomalias. Mit seiner muslimischen Bevölkerung an der Küste hat Kenia traditionell gute Ver-bindungen zum arabischen Raum, was nicht zuletzt auch arabischstä-mige Ausländer „mit djjihadterroristi-schen Verbindungen“ zu nutzen wussten. Wohl auch vor diesem Hin-tergrund hinterließen al-Qaida-Zel-len ihre Spuren in Ostafrika: Im August 1998 zündeten ihre Kämpfer vor den Botschaften des „großen

Satan“ USA in den Hauptstädten Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) fast zeitgleich Sprengsätze, die 224 Menschen töteten und über 5.000 verletzten. Vier Jahre später traf es hier Israel. Über Jahre hatte sich die kenianische Küstenmetropole Mombasa zu einem Sammelplatz für radikale Muslime entwickelt, wo schon vor zehn Jahren mehr oder weniger offen in der großen Sakina-Moschee Hass auf den „kleinen Satan“ gepredigt wurde. Seinerzeit stand der jemenitische Imam Scheich Ali Schii dem „Rat der Prediger und Imame Kenias“ vor. Französische Nachrichtendienstler vermuteten, dass mit Unterstützung seines „Schii“-Netzwerkes am 28. November 2002 Anschläge auf das von einem Israeli geführten Hotel „Paradise“ im Mombasa-Vorort Kikambala und auf die vom Airport Mombasa abfliegende israelische Boeing 757 verübt wurden. Damals wurden erstmals von Djihadisten Boden-Luft-Raketen gegen die zivile Luftfahrt eingesetzt. Neun Jahre später hatte Israel erneut in Afrika ein djihadterroristisches Déjà-vu. Im November 2011 hatte Jerusalem Erkenntnisse, dass Boden-Luft-Raketen aus libyschen Beständen im ägyptischen Sinai in die Hände militanter Palästinenser und al-Qaida-Anhänger gefallen waren. In der Folge wappnete sich Israel gegen eine erhöhte Gefahr von Anschlägen und beschleunigte den Einbau von Raketenabwehrsystemen in seinen Flugzeugen. Die Bildung von al-Qaida-Zellen soll in Kenia der „Predigerrat“ schon in der Zeit unterstützt haben, als al-Qaida-Begründer Osama Bin Laden im Sudan von 1992 bis 1996 „Gast“ der islamistischen Junta war. Große Exilgemeinden von Sudanesen, Somalis und Jemeniten lebten in Mombasa, das als Zentrum der Einwanderung aus dem Jemen galt. Analog zu Nordafrika war hier im Süden Arabiens ebenfalls ein djihadterroristisches Dachverband entstanden. Im Januar 2009 fusionierten die 2003 gegründete al-Qaida in Saudi-Arabien mit der 2006 gegründeten al-Qai-

da im Jemen zur Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH). Als Basis für globale Operationen bot sich der Jemen als zerfallender Staat an. Dessen Sicherheitsvakuum, das in der Zeit des Aufstands gegen den seit 33 Jahren herrschenden Präsidenten Saleh wohl noch größer wurde, nutzten die Djihadisten. Der präsidentiale Nachfolger Hadi, seine Vereidigung im Februar 2012 „begrüßte“ die AQAH mit einem Selbstmordattentat mit über 20 Toten, wird am desolaten Zustand des Landes nicht viel ändern können. Mittlerweile nennen sich Teile der AQAH Ansar al-Scharia, streben nun als „Anhänger des islamischen Rechts“ nach mehr Einfluss im Jemen selbst und bringen größere Gebiete auch militärisch unter Kontrolle. Die Qaida zeigt zumindest temporär in dieser Region „ein neues Gesicht“ – ähnlich der al-Shabaab in Somalia. Die hatten schon 2010 angekündigt, Kämpfer in den Jemen zu schicken. Das al-Shabaab-Ziel, ein Emirat am Horn von Afrika zu errichten, lässt sich durch eine Bündelung der djihadistischen Kräfte der Region noch besser verwirklichen. Im Frühjahr 2012 muss die den Djihadterrorismus bekämpfende Völkergemeinschaft zur Kenntnis nehmen, dass deren Akteure über Jahre ein Netz geschaffen haben, das sich über Teile Afrikas zieht und nicht zuletzt auch Europa bedroht.

## Nichtstaatliche Akteure – Cyberkämpfer in eigener Sache

Seit Monaten schon führen al-Shabaab-Milizionäre auch im Internet einen Djihad gegen ihre Feinde, insbesondere die kenianische Armee. Via Twitter suchen die islamistischen Cyberkämpfer den Gegner lächerlich zu machen, ihn zu demoralisieren. Zum anderen nutzen die Djihadisten ihre Twitter-Adresse, um militärische Erfolge zu dokumentieren. Ihre jemenitischen Djihadverbündeten hatten 2010 mit einem neuen Online-

Magazin für Aufsehen gesorgt. „Inspire“ ist ein Propagandakonvolut, mit dem sich die jungen IT-Spezialisten der AQAH speziell an junge unzufriedene Muslime in westlichen Ländern wenden. Weit über zehn Jahre schon beobachten Terrorismus-Abwehrexperthen – von den USA bis Israel – eine stetige „Zunahme des Cyber-Djihad in islamistischen Kreisen“. Längst ist aus al-Qaida @-Qaida geworden, die ihren Djihad auch internetgesteuert führt. Das Internet, so die Einschätzung der Sicherheitsprofis, kann zum „Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts“ werden. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz waren sie sich am 5. Februar 2012 ob dieser Bedrohung über „ein gemeinsames Vorgehen der Staaten gegen Cyber-Terroristen einig“. Neelie Kroes, für das Internet zuständige Kommissarin in der EU, machte deutlich, dass die Digitalisierung die Welt grundlegend verändert und heute sowohl die Wirtschaft als auch die Politik (Demokratie) beeinflusse. Internetkriminalität würde weltweit jährlich Schäden in Höhe von einer Billion Dollar und damit mehr als der Drogenhandel verursachen. Der russische Computervirenspezialist Jewgeni Kaspersky rief die Politiker auf, sich auf eine Ächtung der Cyberwaffen zu einigen; Waffen, die sich schon seit Jahren auch in den Händen nichtstaatlicher Akteure befinden.

# Mittler

Ein Unternehmen der Tamm Media

*Der Mittler-Brief erscheint viermal im Jahr (vierteljährlich).*

*Herausgeber: Mittler Report Verlag GmbH  
Verantwortlich für den Inhalt: Rainer Metzner.  
Alle Rechte vorbehalten.*

*Redaktion: Hochkreuzallee 1, 53175 Bonn,  
Telefon 0228/307890. Telefax 0228/30789-15.*

*Mittler Report Verlag GmbH,  
ein Unternehmen der Tamm Media GmbH.*

*Hochkreuzallee 1, 53115 Bonn  
Telefon 0228/30789-0, Telefax: 0228/3078915.*

*Jahresabonnement € 15,60, Einzelheft € 4,10 inkl.  
Mehrwertsteuer und Versandkosten.*

*Bestellung und Kündigung nur schriftlich bei:  
PressUp GmbH, Wandsbeker Allee 1,  
22041 Hamburg, Postfach 70 13 11,  
22013 Hamburg, Telefon 040/414 48-471,  
Telefax 040/414 48-499.*